

Eine von der Universität Tartu vorgelegte Studie befasst sich mit der Reduzierung von Einweg-Kunststoffprodukten in Estland.



Ein mit Plastikmüll verseuchter Strand in Vietnam. (Foto: Sergei Tokmakov)

Sie dient als Basis für demnächst startende Gespräche des estnischen Umweltministeriums mit verschiedenen Marktteilnehmern, um das Problem nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis beim Schopfe packen zu können.

Zu den Ergebnissen der Studie zählt laut einem Bericht der „Baltic Times“, dass das System der Müllabfuhr auch in Zukunft ähnlich organisiert sein soll wie bisher.

Alles bleibt demnach logistisch in öffentlicher Hand – jedoch sollen anfallende Kosten für die Entsorgung bestimmter Kunststoffabfälle vermehrt auch von Herstellern und Importeuren getragen werden.

Ferner schlagen die Forscher gezielte Vorgehensweisen zur Reduzierung von

Kunststoffprodukten vor. Dazu zählen diese:

- Preisliche Vorteile oder andere geldwerte Zugeständnisse für Verbraucher, die Lebensmittel mit eigenen/mitgebrachten Behältnissen einkaufen.
- Preisliche Nachlässe auf Kunststoffprodukte, die einfach zu recyceln sind.
- Die mögliche Einführung von Marktverboten für Einwegprodukte, deren Herstellung nach Abwägung zentraler Umweltgesichtspunkte nicht mehr tragbar ist.
- Damit folgt Estland einer am 5. Juli 2020 in Kraft getretenen EU-Richtlinie zur Verringerung der Umweltauswirkungen bestimmter Kunststoffherzeugnisse.

Erklärtes Ziel der Richtlinie ist der verbesserte Schutz der Umwelt im Allgemeinen und der aquatischen Umwelt im Speziellen. Der angestrebte Übergang zur Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen soll dazu beitragen, die menschliche Gesundheit und die Gesundheit der Ökosysteme zu fördern. Stichwort: Mikroplastik.

Im Blick hat die Richtlinie die zehn problematischsten Einweg-Kunststoffprodukte sowie kunststoffhaltige Fischfanggeräte, die derzeit für etwa 70 Prozent des Meeresabfalls verantwortlich gemacht werden.

In Anlehnung an die EU-Richtlinie hat diese Woche auch [Schottland angekündigt](#), sich mit dem Thema Kunststoffreduzierung intensiver denn je befassen zu wollen.

Lesen Sie auch: Tennisspieler Andy Murray investiert in ein estnisches Start-up

Entsprechende Konsultationen mit der Wirtschaft, mit Verbänden und Einzelpersonen laufen im ersten Schritt bis Anfang Januar. Danach soll es auch hier zu konkreten Beschlüssen kommen.

Es scheint, als habe die Zeit des politischen Gegensteuerns gegen die Nutzung von Einwegkunststoffen endlich begonnen. Hoffentlich nicht zu spät.

*sh*